

## Die Rolle der Fachhochschulen

### Positionierung der Fachhochschulen im Innovationsprozess

---

6. Februar 2006    Nummer 4    7. Jahrgang

# dossierpolitik

---



## Die Rolle der FH in der Innovationskette im wirtschaftlich-technischen Bereich

Das Wichtigste in Kürze

Was sind die wesentlichen Charakteristika des Innovationsprozesses, an denen sich die Fachhochschulen orientieren sollten? Das vorliegende „dossierpolitik“ geht der Bedeutung der Fachhochschulen in der Innovationskette im wirtschaftlich-technischen Bereich nach.

Dieses „dossierpolitik“ beruht auf dem Referat von Dr. Rudolf Walser, Mitglied der Geschäftsleitung von economiesuisse, anlässlich der Bürgenstock-Konferenz der Schweizer Fachhochschulen vom 20. bis 21. Januar 2006.

Position von economiesuisse

Innovationen gelten als Motor jeder Volkswirtschaft. Entscheidend für den innovatorischen Erfolg sind ein stimulierendes Arbeitsklima, positive Anreize und flexible Strukturen. Das gilt gleichermaßen für Unternehmen wie Hochschulen. Innovationen kann man nicht gegen, sondern nur mit Unternehmen schaffen. In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist es deshalb die primäre Aufgabe von Unternehmen, für Innovationen und damit für Wachstum zu sorgen. Damit es genügend dynamische Unternehmen gibt, müssen die staatlichen Rahmenbedingungen und viele weiche Faktoren wie Offenheit gegenüber neuen Technologien, Wertschätzung von Unternehmertum, Akzeptanz von Gewinn und Vertrauen in Märkte und Wettbewerb usw. stimmen.

Die Politik, insbesondere die Bildungs- und Forschungspolitik, bestimmt entscheidend mit, wie sich in einer Volkswirtschaft die Wachstumsfaktoren entfalten können. Für den Erfolg der Fachhochschulen wird letztlich die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Absolventinnen entscheidend sein. Zu diesem Zweck müssen sich die Fachhochschulen eigenständig positionieren können.

### Zum Innovationsprozess

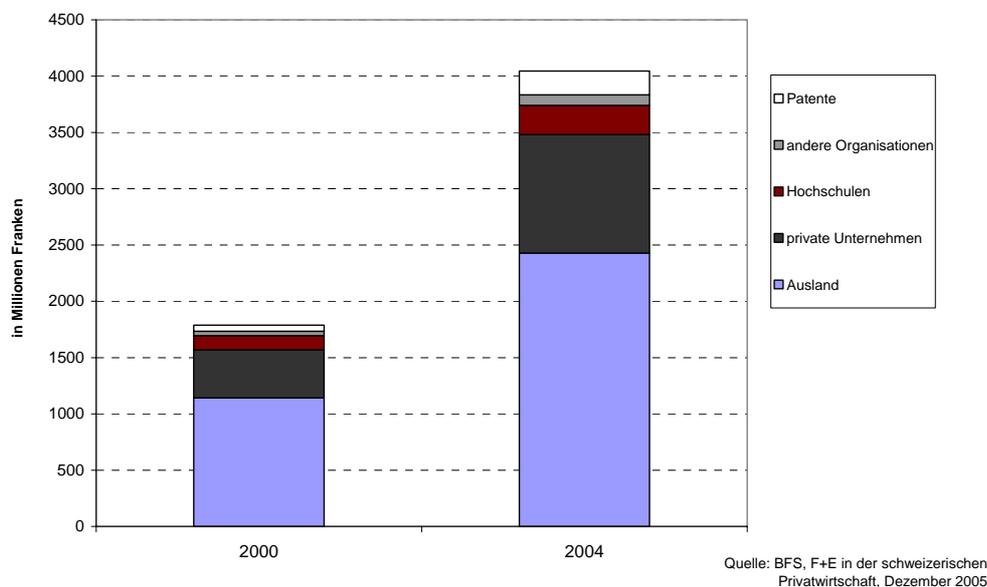
In einem kürzlich erschienenen Editorial über die Rolle der Fachhochschulen steht, diese seien das Bindeglied zwischen der Grundlagenforschung und der Wirtschaft.<sup>1</sup> Bildlich gesprochen würden die Fachhochschulen (FH) den Stab von den universitären Hochschulen übernehmen, sobald die Sache in die Nähe der Anwendung gelange. Diesem Bild liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Innovationsprozess eine lineare Abfolge von Teilschritten von der Erfindung über die Stufen der angewandten Forschung und Entwicklung, des Pilotprodukts bis zum Produkt im Ladenregal sei. Ich fürchte, dieses Modell wird den komplexen Innovationsbedingungen von heute nicht mehr gerecht, auch wenn zum Beispiel der in diesem Zusammen-

hang häufig zitierte Übergang der Brennstoffzellentechnologie von der ETH an die Fachhochschule für Technik und Informatik in Biel durchaus noch in das traditionelle Bild passt.

Eine ähnliche Sichtweise prägen teilweise auch die Vorstellungen in Bezug auf den Wissens- und Technologietransfer (WTT), wie er kürzlich mit der Initiative der KTI lanciert worden ist. Deren Ziel ist es, einerseits den Push-Prozess zu fördern, d.h. die Fähigkeiten der Hochschulen zum Transfer von Wissen und Technologie in die Unternehmen. Andererseits geht es darum, den Pull-Prozess zu stärken, d.h. die Anreize für die Unternehmen zur Zusammenarbeit mit und zur Kommunikation ihres Wissens- und Technologiebedarfs zu den Hochschulen gezielt und wirksam zu erhöhen. Wie Sie sicher wissen, sind zu diesem Zweck im letzten Herbst sechs WTT-Zentren – auch mit starkem Einbezug einiger FH – geschaffen worden, die aus

<sup>1</sup> Beerli, Christine: Bindeglied zwischen Grundlagenforschung und Wirtschaft, in: „Leader“. Die Zeitschrift der Technopark-Allianz, Oktober 2005.

## Extramuros-F+E-Aufwendungen nach Empfänger, 2000 und 2004



dem Bundeshaushalt mit rund 8 Millionen Franken für zwei Jahre alimentiert werden. Dabei wird gemäss dem linearen Innovationsverständnis, wie es von der Politik und Teilen der Hochschulen gerne gepflegt wird, implizite unterstellt, dass der Push-Prozess schon recht gut funktioniert, während der Pull-Prozess noch Defekte aufweise. Nach dem Scheitern des „Réseau Suisse d'Innovation“ und dem erfolglosen Versuch zur Schaffung eines gesamtschweizerischen Innovationsportals ist dies der dritte Versuch, die Schnittstelle zwischen Hochschulen, Forschung, Unternehmen und Förderinstitutionen spürbar zu verbessern.

Was sind aus unserer Sicht die wesentlichen Charakteristika des Innovationsprozesses, an denen sich die Fachhochschulen orientieren sollten?

1. Der Innovationsprozess ist nicht linear, sondern interaktiv und multidisziplinär. In diesem sind F+E in einem mehrdimensionalen, iterativen Kopplungsprozess mit anderen Aktivitätsfeldern des Unternehmens verknüpft, wobei eine dynamische Nachfrage von besonderer Bedeutung ist. Die grosse Mehrheit der Innovationsprozesse läuft dabei inkremental ab, indem Produkte und Dienstleistungen laufend weiterentwickelt und verbessert werden. Der „Big Bang“, d.h. der Durchbruch von Basisinnovationen erfolgt eher selten.

2. Innovationen sind zunehmend kooperations- und netzwerkbasierend. Die Hochschulen und die staatlichen Förderorganisationen sind dabei nur ein Teil der externen Partner im Innovationsprozess. Hinzu kommen Kunden, Zulieferer, potenzielle und tatsächliche Konkurrenten, Beratungs-

unternehmen, private F+E-Labors, die letztlich zusammen wichtiger sind als die Hochschulen. So gibt die Schweizer Wirtschaft nach den jüngsten Zahlen für 2004 rund 4,1 Milliarden Franken für Extramuros-F+E aus, d.h. für Aufträge und Beiträge Dritter in der Schweiz und im Ausland.<sup>2</sup> Davon gehen 2,5 Milliarden Franken an Empfänger im Ausland; 1,4 Milliarden Franken verbleiben im Inland, wobei der Löwenanteil an privatwirtschaftliche Partner fliesst. Der Hochschulsektor partizipiert lediglich mit 6,4 Prozent oder 259 Millionen Franken an diesem Extramuros-Kuchen.<sup>3</sup> Davon entfallen 112 Millionen Franken auf die Universitäten Zürich, Basel und Genf

<sup>2</sup> Zum Vergleich sei erwähnt, dass die schweizerischen universitären Hochschulen 2004 insgesamt einen Aufwand von 4,91 Mio. Franken ausweisen.

<sup>3</sup> Finanzen der universitären Hochschulen 2004, Bundesamt für Statistik, 2005.

sowie etwa 90 Millionen Franken auf die ETH; in den Rest teilen sich die Universitäten und die Fachhochschulen. Weitere Zahlen deuten daraufhin, dass die Volumina pro F+E-Projekt mit den Hochschulen eher klein sind.

3. Nach diesen Zahlen spricht einiges dafür, dass der „Pull“-Prozess – entgegen anders lautenden Behauptungen – recht gut spielt. Mit anderen Worten betreibt die Schweizer Wirtschaft den WTT im internationalen Vergleich recht intensiv. „Open innovation“ oder F+E-Outsourcing sind für die Schweizer Unternehmen keine Fremdwörter, sondern Instrumente, die in zunehmendem Masse praktiziert werden. Das gilt auch, wenn man die chemisch-pharmazeutische Industrie, die bei der Extramuros-F+E eine dominante Stellung innehat, ausklammert. Dabei suchen sich die Unternehmen den Innovationspartner mit den besten verfügbaren Kompetenzen im Sinne von First-best-Lösungen international aus. Die räumliche Nähe einer Hochschule ist heute kein Kriterium mehr. Um erfolgreich am WTT-Prozess zu partizipieren, brauchen die Unternehmen allerdings eine ausreichende Absorptions- und Lernfähigkeit als Voraussetzung. Damit rückt unweigerlich die Qualität des Humankapitals ins Zentrum.
4. Es gibt auch keine „Wissenshalden“ bei den Hochschulen, die von lethargischen Unternehmen einfach nicht angezapft werden, weil sie zu wenig kompetent sind. Dieses Bild muss wohl ebenso wie die Mär von den „hilfsbedürftigen“, weil rückständigen KMU revidiert werden. Die Unternehmen, ob klein oder gross, wissen heute sehr wohl auf dem Klavier der verschiedenen Innovationsinstrumente zu spielen. Die jüngsten Ergebnisse zum Innovationsverhalten der Firmen zeigen zudem, dass vor allem die KMU die Wissenschaftsbasierung ihrer Innovationsaktivitäten in den letzten Jahren signifikant erhöht haben.
5. Die FH sollten sich nicht auf das traditionelle Innovationsmodell verlassen und meinen, die Universitäten würden sich einfach auf die Grundlagenforschung konzentrieren. Grundlagenforschung hat heute immer auch einen Bezug zur Anwendungsorientierung. Die universitären Hochschulen stehen somit in Sachen Praxisrelevanz ihrer F+E-Aktivitäten den FH kaum nach. Insofern macht die traditionelle Unterscheidung in Grundlagenforschung und angewandte Forschung oder in reine Forschung und zielorientierte Forschung keinen Sinn mehr. Diese Konzepte

---

**„Keine Verwaltungsstelle oder Innovationskommission weiss, welche Innovation oder Technologie sich in Zukunft am Markt durchsetzen wird.“**

---

suggestieren Unterschiede, die es in der heutigen Realität gar nicht mehr gibt. Zweckdienlicher wäre wohl eher die Unterscheidung in lang-, mittel- und kurzfristige Forschung. Insofern sind die universitären Hochschulen auch unmittelbare Konkurrenten der FH. Zudem müssen die Hochschulen zur Kenntnis nehmen, dass sich auf

dem Innovationsmarkt längst auch privatwirtschaftliche Dienstleister als Partner in F+E etabliert haben, die zum Teil leistungsfähiger sind als die Hochschulen.

6. Vor diesem Hintergrund müssen sich die Hochschulen in der Tat einige kritische Fragen gefallen lassen.<sup>4</sup>
  - Warum partizipieren die Hochschulen nur marginal am stark gewachsenen Extramuros-F+E-Markt?
  - Entsprechen ihre F+E-Leistungen dem Bedarf der Privatwirtschaft?
  - Haben die F+E-Arbeiten der Hochschulen allenfalls eine andere Qualität als die Unternehmen nachfragen?
  - Gibt es zwischen der Wissensproduktion an Hochschulen und Unternehmen hinsichtlich marktorientierter Denkweise, Zeitdruck, Schutz des geistigen Eigentums usw. Unterschiede, die sich nur schlecht überbrücken lassen usw.?
  - Besteht nicht die Gefahr, dass die FH wegen ihrer eher kurzfristigen F+E in die Nähe von echten Marktleistungen geraten, die auch von privaten Dienstleistern angeboten werden?
  - Sind die exportorientierten KMU einzig auf die FH angewiesen?

Das Innovationssystem eines Landes, verstanden als die Summe der interagierenden Partner, die an der Entstehung, der Verbreitung und der Vermarktung neuen Wissens und neuer Technologien beteiligt sind, lässt sich nicht top-down steuern. Ebenso können Innovationen auch nicht am grünen Tisch beschlossen werden. Keine Verwaltungsstelle oder Innovationskommission weiss, welche Innovation oder Technologie sich in Zukunft am Markt durchsetzen wird.

---

<sup>4</sup> Holz-Hart, Beat: Wenn die Firmen weiter sind als die Innovationsförderung, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 12. Januar 2006.

Die Hauptaufgabe des Staates besteht deshalb in der Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen als „Enabling Framework“. Dabei gibt es weder ausländische Patentrezepte noch „Good Practices“, denen die Schweiz blindlings nacheifern soll. Es gilt, Lösungen zu suchen, die auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten sind und unseren Besonderheiten Rechnung tragen und die sich auch ordnungspolitisch begründen lassen. Der wichtigste und effizienteste WTT sowohl quantitativ als auch qualitativ ist letztlich derjenige über die Köpfe, d.h. über den Übertritt der Hochschulabsolventen in die Berufswelt. Darauf hat sich die Hochschulpolitik in erster Linie zu konzentrieren. Entsprechend steht die qualitativ hochstehende Bildung und ihre optimale Verzahnung mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes im Vordergrund. Damit sind wir bei Bologna angelangt.

### Zum Bologna-Prozess

Zwei Vorbemerkungen zum Bologna-Prozess seien hierzu erlaubt:

- Die Bologna-Reform war – fast wie die Rechtschreibreform – eines Tages einfach da, ohne dass die Betroffenen diese verlangt hätten bzw. vorher gross nach ihrer Meinung gefragt worden wären.
- Der Bologna-Erklärung lagen unseres Wissens auch keine substanziellen Analysen tatsächlicher oder vermeintlicher Defizite in der Gestaltung der Studien, der Abschlüsse, der Anerkennung von Leistungen und der Mobilität zu Grunde. Grundlage war vielmehr ein allgemein verbreitetes Gefühl der europäischen Bildungspolitiker, dass irgend etwas geschehen müsse zur Stärkung des europäischen Hochschulraums, zur Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand in einer Zeit, in der Wissen, die Produktion neuen Wissens und Innovationen eine immer grössere Rolle spielen (Ulrich van Lith).<sup>5</sup>

Ohne dass sich die Wirtschaft intensiv mit der Bologna-Reform befasst hätte, war für sie von Anfang an klar, dass dies eine Chance für eine umfassende strukturelle und qualitative Erneuerung der Hochschulausbildung dar-

stellt.<sup>6</sup> Deshalb muss der Bologna-Prozess für die Schweiz zu einer Win-Win-Situation gemacht werden, von der sowohl der Denk- als auch der Wirtschaftsplatz Schweiz Nutzen ziehen.

Bologna hat einerseits den Anstoss zu Veränderungen in Struktur, Inhalt und Form der Lehre gegeben und damit innovativen Kräften die Möglichkeiten eröffnet, Neues zu

**„Bologna hat den Anstoss zu Veränderungen in Struktur, Inhalt und Form der Lehre gegeben und damit innovativen Kräften die Möglichkeiten eröffnet, Neues zu planen und zu realisieren.“**

planen und zu realisieren. Andererseits stösst die Umgestaltung der heutigen zum Teil längeren Diplomstudien in Bachelor-Abschlüsse im Hinblick auf die wachsenden Kennntnisanforderungen auf gewisse Schwierigkeiten. Dass die Bologna-Reform zeitlich mit dem

Aufbau des FH-Systems zusammenfällt, ist wohl eher zufällig, stellt aber für dessen Verantwortliche eine zusätzliche Herausforderung dar.

Die Absolventen der früheren Ingenieurschulen HTL und höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und der heutigen FH werden von der Wirtschaft wegen der Kombination von Fachkompetenz, praktischer Erfahrung und sozialer Kompetenz geschätzt. Das kommt auch in der Bewertung am Arbeitsmarkt zum Ausdruck, indem Fachhochschulabsolventen mehr oder weniger gleich bezahlt werden wie die Absolventen von universitären Hochschulen. Inwieweit sich dies mit der Einführung von Bologna ändert, wird frühestens ab 2008 erkennbar sein, wenn die ersten „Fachhochschul-Bachelors“ ihre berufliche Tätigkeit aufnehmen. Heute lassen sich somit auch noch keine grösseren Veränderungen in der Einstellungspraxis der Wirtschaft beobachten. Bachelor-Diplome von Universitäten sind erst im Sommer 2004 in grösserer Anzahl erteilt worden, wobei etwa 20 Prozent den Weg in den Arbeitsmarkt gewählt haben. Von daher weiss man über die Akzeptanz der neuen Studiengänge noch wenig. Ob der Bachelor zu einem Regelabschluss wird oder lediglich eine Durchgangsstation zum Master darstellt, bleibt somit vorläufig noch eine offene Frage.

In diesem Zusammenhang ist nicht zu übersehen, dass es in Bezug auf den Wert des Bachelor zwischen Universitäten und FH Meinungsunterschiede gibt. Ob die Universitäten den Bachelor dadurch entwerten, dass wichtige Exponenten immer wieder darauf hinweisen, dass dieser für einen vollständigen Hochschulabschluss nicht ausreicht, lässt sich ebenfalls noch nicht beantworten. Überhaupt bleibt in Bezug auf die Aufgabenteilung zwischen FH und universitären Hochschulen noch einiges zu klären.

<sup>5</sup> Van Lith, Ulrich: Der Bologna-Prozess – ein Anstoss zu leistungsfähigen Hochschulen?, in: „Wirtschaftsdienst“. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Juli 2005.

<sup>6</sup> Steiner, Andreas: Die Bologna-Reform und die Wirtschaft, in: „dossierpolitik“, Hrsg. economiesuisse, November 2004.

Von der Logik der Bologna-Erklärung stellt der Bachelor aus Sicht der Wirtschaft ein Sprungbrett in die Arbeitswelt dar, auch wenn es zwischen den einzelnen Ausbildungen diesbezüglich sicher Unterschiede gibt. Bachelor-Absolventen der Wirtschaftswissenschaften finden wahrscheinlich einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt als solche in den exakten und Naturwissenschaften. Wenn der Bachelor-Abschluss jedoch kein vollwertiger Abschluss wäre, der ohne weitere Auflagen und Bedingungen geeignet ist, eine anspruchsvolle Tätigkeit in der Erwerbswelt aufzunehmen, würde die Bologna-Reform eigentlich keinen Sinn machen.

Auch wenn der Bachelor der ordentliche Abschluss an Fachhochschulen ist, kann dies nicht einfach heissen, beim Angebot von Master-Studiengängen aus Prinzip restriktiv zu sein. Klar ist, dass die Bedingungen für anspruchsvolle und profilierte Master-Studiengänge erfüllt sein müssen. Unbefriedigend und nicht akzeptabel wäre es aus Sicht der Wirtschaft allerdings, wenn es bei den GSK-Schulen einschliesslich der pädagogischen Hochschulen am Schluss mehr Master-

Abschlüsse gäbe als in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Design. Gerade auf diesen Gebieten, die für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft wichtig sind, braucht es an den FH genügend forschungsgestützte Master-Abschlüsse. Andernfalls bestünde das Risiko, dass die FH einfach zu Juniorpartnerinnen der universitären Hochschulen degradiert würden.

Die von den FH im Hinblick auf deren Integration in ein umfassendes Hochschulsystem verlangte Profilierung ist wohl die anspruchsvollste Aufgabe für die Verantwortlichen der FH. Profilierung unter Wettbewerbsbedingungen impliziert, anders zu sein. Dazu braucht es zunächst den Mut zur Differenz, was fast eine subversive Dimension beinhaltet. Darüber hinaus braucht es aber auch einen gewissen gesetzlichen Freiraum. Wie kann man anders sein, wenn der gesetzliche Leistungsauftrag für alle FH gleich lautet? Weder das Gesetz noch die Politik können das Profil einer FH gewährleisten. Es muss deshalb in Zukunft möglich sein, dass die Schulleitungen den Leistungsauftrag priorisieren können, z.B. indem sie auf Forschung in einem Bereich verzichten und stattdessen auf hoch stehende Praxis setzen. Profilierung ist ohnehin keine Frage des Unterschieds zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung.

Es ist aus Sicht der Wirtschaft ohnehin schwer zu verstehen, wie der gesetzliche Leistungsauftrag über die ganze Breite der Fachhochschulen von der Technik bis zu den

Musik- und pädagogischen Hochschulen einheitlich umgesetzt werden soll. Forschungsförderung kann nur dort betrieben werden, wo geforscht wird. Mit anderen Worten soll nicht einfach angewandte F+E in allen FH gefördert werden, damit geforscht wird. Deshalb kann es für die FH weder bei der KTI noch beim Nationalfonds Ausnahmeregelungen geben. Die Einrichtung eines speziellen Förderungsfensters beim Nationalfonds lässt sich nur vorübergehend rechtfertigen. Die Tatsache, dass mit Ausnahme der Technik/Wirtschaft die anderen FH-Bereiche kaum praktische Erfahrung in angewandter F+E haben, stellt für den weiteren Aufbau der FH eine Hypothek dar. Wenn von den ordentlichen Budgets der FH kaum zehn Prozent auf angewandte F+E entfallen und diese geringen Mittel jetzt noch auf alle Bereiche gleichmässig aufgeteilt werden sollten, so wird die Forderung nach einer forschungsgestützten Lehre zu einer Farce. Das hängt auch damit zusammen,

dass der Mittelbau heute an den Fachhochschulen nur rudimentär vorhanden und im Vergleich zu den Universitäten teurer ist, weil er sich meistens aus fest angestelltem Personal rekrutiert. Eine

---

**„Wie kann man anders sein, wenn der gesetzliche Leistungsauftrag für alle Fachhochschulen gleich lautet? Weder das Gesetz noch die Politik können das Profil einer FH gewährleisten.“**

---

verstärkte Förderung des wissenschaftlichen Mittelbaus an den FH ist wohl unumgänglich, wenn Lehre und Forschung den notwendigen Tiefgang erreichen sollen.<sup>7</sup>

Was die Stellung der FH im globalen Wissenschaftssystem anbetrifft, so weiss man in der Wirtschaft nicht, welches eigentlich das adäquate Referenzmodell ist. In den internationalen Rankings erscheinen sie noch nicht. Ebenso sind die FH nur schlecht an die Aktivitäten des EU-Rahmenforschungsprogramms angebunden, aus denen Patente und Publikationen resultieren. Es wird eine der grossen Herausforderungen der Fachhochschulen sein, sich rasch in das internationale F+E-Netzwerk einzubinden, wenn sie auf dem Innovationsmarkt ein ernst zu nehmender Partner werden wollen. Für die internationale Positionierung der FH spielt natürlich auch das Angebot von Masterstudiengängen eine Rolle. Allerdings sind Masterprogramme, die nichts kosten, auf dem internationalen Bildungsmarkt in der Regel auch nicht viel wert.

---

<sup>7</sup> Der Anteil der Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter am gesamten Lehrkörper betrug 2003 bei den Universitäten 49 Prozent, bei den Fachhochschulen zehn Prozent (Bundesamt für Statistik, 2005).

Schliesslich hat man in der Wirtschaft den Eindruck, dass die FH bei der Umsetzung von Bologna viel stärker an staatliche Vorgaben wie die Modularisierung des Studiums, die Erteilung von Leistungspunkten, die Akkreditierung usw. gebunden sind als die Universitäten. Die Blickrichtung muss jedoch der Arbeitsmarkt sein und nicht in erster Linie die Erfüllung staatlicher Auflagen. Sonst führt die Bologna-Reform letztlich zu einem staatlich verwalteten Hochschulsystem, das nicht die Eigenständigkeit der Hochschulen fördert, wie einige bekannte BildungsökonomInnen befürchten. Hinzu kommt, dass die FH ohnehin in einem engeren Regulierungskorsett als die universitären Hochschulen stecken, weil zu der Bundesgesetzgebung auch noch kantonale oder regionale Normen hinzukommen. Damit ist der Spielraum für eine eigenständige Profilierung relativ klein. Deshalb brauchen die FH unbedingt mehr Entscheidungs- und Wahlfreiheiten in Sachen Personal, Finanzen, Forschung usw. Die Politik sollte nicht die einzelnen Hochschulen steuern, sondern das Hochschulsystem. Dabei kann es nur um einige wenige Parameter wie Zulassung, Durchlässigkeit, Übergänge, Qualitätssicherung und Finanzierung gehen.

---

## Fazit

Innovationen gelten als Motor jeder Volkswirtschaft.<sup>8</sup> Dabei ist es nicht die „Schweiz“, die Innovationen schafft, sondern es sind vielmehr Personen, die Risiken eingehen, Wagemut zeigen und Neues suchen. Immer mehr spielen dabei auch Hochschulabsolventen, Start-ups und Spin-Offs aus Hochschulen eine Rolle. Am meisten Innovationen erfolgen in und zwischen Unternehmen sowie im Verbund mit Hochschulen. Deshalb verdient die WTT-Initiative der KTI zur Verbesserung dieser Schnittstelle eine Chance. Entscheidend für innovatorischen Erfolg sind ein stimulierendes Arbeitsklima, positive Anreize und flexible Strukturen. Das gilt gleichermaßen für Unternehmen wie für Hochschulen. Innovationen kann man nicht gegen, sondern nur mit Unternehmen schaffen. In der marktwirtschaftlichen Ordnung ist es deshalb die primäre Aufgabe von Unternehmen, für Innovationen und damit für Wachstum zu sorgen. Damit es genügend dynamische Unternehmen gibt, müssen die staatlichen Rahmenbedingungen und viele weiche Faktoren wie Offenheit gegenüber neuen Technologien, Wertschätzung von Unternehmertum, Akzeptanz von Gewinn und Vertrauen in Märkte und Wettbewerb usw. stimmen.<sup>9</sup>

Die Politik, insbesondere die Bildungs- und Forschungspolitik, bestimmt entscheidend mit, wie sich in einer Volkswirtschaft die Wachstumsfaktoren entfalten können. Für den Erfolg der FH wird letztlich die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen entscheidend sein. Zu diesem Zweck müssen sie sich eigenständig positionieren können. Mit anderen Worten können sich die FH nicht einfach auf einen politischen Leistungsauftrag verlassen – vor allem auf eine vorgegebene Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen in F+E. Die Hochschulen machen heute vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungstendenzen das, was sie am besten können und tun wollen.

Die Hochschulen sind für die Wirtschaft unverzichtbare Lieferanten von motivierten, engagierten und innovativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie können sich immer auf die Wirtschaft verlassen, wenn es darum geht, ihnen optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen.

---

## Rückfragen:

rudolf.walser@economiesuisse.ch

---

<sup>8</sup> Exzellent anders! Die Schweiz als Innovationshost, Hrsg. B. Holz-Hart / P. Dümmler / B. Good / M. Grant / A. Reuter / D. Schmucki, Zürich / Chur 2006.

<sup>9</sup> Vgl. Baumol, William J.: The Free-Market Innovation Machine, Princeton 2002.